

Übersicht

LEITANTRAG

„Besser zusammenleben mit R2G. Wir arbeiten für einen echten Wechsel“ 3

BILDUNG

„Der Hochschulentwicklungs-plan 2025 - Hochschulen für alle, auch in Sachsen!“ 11

„GRW-Leistungskurs ermöglichen. Politische Meinungsbildung unterstützen.“ 14

„Refugees Welcome - auch an sächsischen Hochschulen“ 15

„Bildungsurlaub endlich für Sachsen!“ 16

„Jetzt mal ehrlich! – Für eine ernsthafte Schulreformdiskussion“ 17

CHANCENGLEICHHEIT UND GLEICHSTELLUNG

„Ausbau von barrierefreien Inhalten im MDR“ 20

„Schlechterstellung von Unverheirateten abschaffen!“ 21

EUROPA UND INTERNATIONALES

„Neuorientierung sozialdemokratischer Türkei-Politik – Unterstützung der progressiven Zivilgesellschaft statt Kuschen vor Erdoğan“ 22

„Europa Neu begründen“ 24

INNENPOLITIK

„Profit über Sicherheit? Kontrollen an Flughäfen wieder verstaatlichen!“ 25

„Keine Zusammenarbeit der AfD - Anschluss zum Bündnis 'Aufstehen gegen Rassismus'“ 26

„Stasi-Unterlagenbehörde eigenständig weiterentwickeln“ 27

„Vielfältigen Gegenprotest ermöglichen – unverhältnismäßige Beschränkungen zurücknehmen“ 29

KOMMUNALPOLITIK

„Kultureuro ermöglichen!“ 31

ORGANISATION

„Kein Jungsozialistischer Wahlkampf für den Genossen Gabriel“	32
„‘Girls just wanna have fun...damental human rights‘ – Awareness-Strukturen im eigenen Verband schaffen“	34
„Gelebte Nachhaltigkeit bei den Jusos“	36

UMWELT

„Neuregelung der Rücknahme von Leuchtkörpern und Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema ‚Recycling von Leuchtkörpern‘“	38
„Wildtiere in Zirkussen verbieten“	39
„Ausbau der Erneuerbaren Energien jetzt gestalten!“	40

WIRTSCHAFT, ARBEIT, FINANZEN UND SOZIALES:

„Abschaffung Hartz-IV-Sanktionen“	41
„Kinder sind uns mehr wert!“	43
„Neuberechnung der Regelbedarfsstufen der Grundsicherung unter sozialen und lebensnahen Gesichtspunkten“	44

Antrag L1**„Besser zusammenleben mit R2G. Wir arbeiten für einen echten Wechsel“****AntragstellerIn:** Landesvorstand**Weiterleitung:****Intro: Weg mit dem schwarzen Filz und her mit klarer Politik!**

Seit 25 Jahren regiert die CDU in Sachsen - gelegentlich korrigiert durch ein paar rote Punkte, aber immer weit weg von echter Aufbruchsstimmung und einem echten Wechsel für ein besseres Zusammenleben in Sachsen. Der schwarze Filz ist über die Jahre immer dichter geworden. In Sachsen haben sich in vielen Bereichen ein zweifelhaftes Demokratieverständnis, Fremdenfeindlichkeit und Engstirnigkeit breit gemacht. **Für uns Jusos bleibt daher auch nach dieser schwarz-roten Neuauflage eine rot-rot-grüne Regierung in Sachsen das Ziel.** Wir wollen den schwarzen Filz durchbrechen - Sachsen soll die Tagesthemen wenn dann nicht durch rassistische Übergriffe, sondern durch progressive Politik und neue Ideen bestimmen.

Die sächsische SPD konnte in den vergangenen zwei Jahren sicherlich einige wichtige Fortschritte im Rahmen der Regierungsbeteiligung erreichen und ein paar schwerwiegende Fehler der konservativen Sparideologie beheben. Doch die Politik einer SPD sollte aus mehr als Reparatur bestehen und die aktive Gestaltung der Gesellschaft von morgen zum Ziel haben.

Immer wieder ist zu lesen, dass die Parteien sich kaum noch unterscheiden. Für uns Jusos kann dieser Eindruck maximal das Resultat der zahlreichen Kompromisse in Koalitionen, nicht aber dem Blick auf Parteiprogramme und Grundüberzeugungen entsprungen sein. Die Sozialdemokratie, für die wir Jungsozialist*innen in der SPD arbeiten und die im Hamburger Programm den demokratischen Sozialismus als Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft benannt hat, beruht auf Werten, die sich nicht in Kompromisse gießen und verhandeln lassen. Sie müssen kompromisslos verteidigt und als unverrückbare rote Linien behandelt werden. Gegen Populismus und neoliberale Ideologie helfen die glaubhafte Besinnung auf die linken Grundwerte der SPD. **Wir brauchen keinen Kampf um die angebliche Mitte der Gesellschaft mit der CDU, sondern klare Positionen und den Mut, auch einmal 'Nein' zu scheinbar alternativlosen Regierungsbündnissen zu sagen.**

Die SPD muss wieder klarer werden und sich trauen mehr von dem umzusetzen, was sie in ihren Programmen formuliert und fordert. Oft werden Kompromisse mit dem 'besser-ein-Stücken-vorwärts-als-gar-nicht'-Argument oder dem Verantwortungsgefühl einer großen Partei für das Land begründet. Für uns Jusos aber steht fest, dass nicht jedes Stückchen vorwärts auch tatsächlich ein Fortschritt ist. Immer dann, wenn grundlegende Einsichten der Sozialdemokratie missachtet werden, verliert die SPD an Kontur und Glaubwürdigkeit und damit an Wähler*innen.

Für uns Jusos ist klar: Viele unserer Beschlüsse ließen sich mit einer rot-rot-grünen Koalition besser umsetzen. Auch hier wären Kompromisse nötig. Aber gerade in den letzten Monaten wurde wieder drastisch deutlich, wie weit Konservative und Sozialdemokratie in vielen Fragen - zum Beispiel der Integration - auseinander liegen. Gerade dieses Politikfeld aber beruht auf unverrückbaren Grundwerten. Die Gemeinsamkeiten gerade im Menschenbild und dem Ziel einer solidarischen Gesellschaft sind mit Linken und Grünen deutlich größer. In

relevanten Bereichen wie Innenpolitik, Bildungspolitik, Umweltpolitik, Sozial- und Wirtschaftspolitik sehen wir Jusos Übereinstimmungen, die einen echten Fortschritt ermöglichen. Für diesen lohnt es sich zu arbeiten und zu werben.

Ein rot-rot-grünes Bündnis kann in Sachsen aber nur Realität werden, wenn es auch die parlamentarischen Mehrheiten dafür gibt. In den vergangenen 26 Jahren war dies leider noch nicht der Fall. Um diese Mehrheiten zu erringen, muss im Freistaat ein gesellschaftlicher Wandel einsetzen, der Diskurs, Mitbestimmung und Pluralität wertschätzt und nicht als Störfaktoren auffasst. Der Arbeit in Bündnissen und außerparlamentarischen Initiativen kommt dabei besondere Bedeutung zu. Nicht zuletzt muss aber auch die SPD stärker werden. Zwölf Prozent dürfen uns nicht zufriedenstellen. Die strukturell schwierige Lage der sächsischen Grünen und der immer weitere erodierende Stammwähler*innenkern der Linken erfordern dies geradezu. Mit einer stärkeren SPD wachsen auch die Chancen für eine rot-rot-grüne Mehrheit in Sachsen.

Uns Jusos ist klar, dass ein solches Bündnis vorbereitet werden muss. Wir leisten unseren Beitrag dazu durch eine enge Zusammenarbeit mit der Grünen Jugend und der Linksjugend. Gleiches erwarten wir selbstverständlich auch von unserer Partei. Zugleich wissen wir aber auch, dass eine rot-rot-grüne Koalition vor den gleichen Unwägbarkeiten wie jede koalitionäre Zusammenarbeit steht und diese nicht frei von Konflikten sein wird. Die entsprechenden Erfahrungen aus Thüringen, aber auch aus entsprechenden kommunalen Bündnissen in Dresden und Chemnitz müssen berücksichtigt werden.

Wie schon erwähnt sehen wir unsere Partei, die SPD, in der Pflicht, ein entsprechendes Bündnis voranzutreiben und sich klar dazu zu bekennen. Zugleich müssen aber natürlich auch Grüne und Linke ihren Beitrag leisten. Schwarz-Grüne Anbandelungen und SED-Nostalgie sind in diesem Zusammenhang sicherlich nicht hilfreich.

1. Demokratie & Kampf gegen Rechts: Klare Bekenntnisse!

Die Schulgesetznovelle in Sachsen ist nicht nur politisch brisant, sondern war auch in ihrem Verfahren für langjährige Beobachter*innen der sächsischen Politik eine Überraschung. Es wurde für sächsische Verhältnisse ein wahrer Beteiligungsmarathon gestartet. Die Ernüchterung folgte jedoch auf den Fuß, denn von den vielen eingegangenen Verbesserungsvorschlägen und Anregungen floss kaum etwas in die Novelle ein. Politische Beteiligungsmöglichkeiten sind jedoch zentraler Bestandteil einer lebendigen Demokratie, die ihre Bürger*innen nicht nur alle Wahljahre ernst nimmt und dann die sinkende Wahlbeteiligung beklagt. Frühe und ernsthafte Beteiligung an politischen Prozessen halten wir Jusos für elementar, um die Demokratie aktiv, aber auch wehrhaft zu gestalten. Nur was man schätzt, ist man auch bereit zu schützen. Der Kampf für die Demokratie, für den Meinungs austausch und Diskurs auf dem Boden des Grundgesetzes ist gerade in Sachsen wichtig. In Sachsen wurde und wird der engagierte Kampf gegen Rechts oft als unnötig deklariert und nur zu gern mit politischen Schnellschüssen wie der Extremismusklausel gebremst und behindert. Das Kritisieren linken Engagements mittels der Extremismustheorie hat in Sachsen Hochkonjunktur. Obwohl der Wert der simplen Einteilung der Welt in das böse rechts- oder links-außen und die friedliche, freundliche Mitte auch in Wissenschaftskreisen zurecht stark in Frage gestellt wird, ist es in Sachsen Mode, hinter jedem antirassistischen Engagement linksextreme Umtriebe mit Gewaltpotenzial zu vermuten, statt der massiven Gefahr von Rechts ins Auge zu blicken. **Wir Jusos stehen klar für den gewaltlosen Einsatz für die Demokratie und gegen rechte Brandstifter*innen. Ziviler Ungehorsam und politischer Protest sind für uns elementare Bestandteile der Demokratie. Bürgerwehren hingegen halten wir für gefährlich. Sie sind rechtsstaatlich nicht legitimiert und sollten verboten werden.**

Den Wert der Demokratie zu vermitteln und Formen der aktiven Teilhabe aufzuzeigen, sollte von der Landesregierung entschlossen vorangetrieben werden. Für uns Jusos gehören dazu unter anderem die Absenkung des Wahlalters auf mindestens 16 Jahre, der Ausbau von Beteiligungsprozessen im Rahmen der Erarbeitung von Gesetzen etc., die Förderung von Jugend-Parlamenten und anderen Beteiligungsformen für junge Menschen, die finanziell stabile Förderung der Kinder- und Jugendarbeit und internationalen Austauschprojekten sowie die konsequente Unterstützung ehrenamtlich aktiver Menschen.

Auch bedarf es einer grundlegenden Neuorientierung, wenn es um den Schutz unserer Verfassung geht. Mit dem Landesamt für Verfassungsschutz in der bestehenden Form ist der Verfassung mit seiner Abschaffung in jedem Fall besser gedient. Hierfür sehen wir in einer rot-rot-grünen Regierung die besseren Chancen.

2. Bildung: Endlich Handeln statt freuen über Pisa!

Dass längeres gemeinsames Lernen sinnvoll ist, bestreitet wohl kaum jemand, nicht einmal mehr die sächsischen Wirtschaftsverbände. Die notwendigen politischen Entscheidungen, die das umfassend ermöglichen würden, werden jedoch nicht getroffen. **Für uns Jusos ist die Gemeinschaftsschule weiterhin der Königsweg. Die Abkehr der SPD Sachsen von diesem Weg kritisieren wir deshalb scharf.** Ein Nebenher der Schulformen führt nicht zu gelebter Inklusion und dem größten Bildungserfolg für alle Beteiligten. Aufstieg durch Bildung ist ein zentrales Versprechen der Sozialdemokratie. Diese kann jedoch nur ihre Gültigkeit beweisen, wenn tatsächlich jede und jeder Zugang zu allen Formen von Bildung hat. Bildungszugänge, die vom Geldbeutel oder dem Bildungsabschluss der Eltern abhängen, sind für uns nicht akzeptabel.

Sachsen steuert Zusehens auf eine Bildungsmisere zu. Das Schulformendurcheinander, schlecht bezahlte Lehrer*innen sowie der damit verbundene drastische Lehrkräftemangel sind die Symptome einer verschlafenen Bildungspolitik. Die Aufwertung des Lehrer*innenberufs, zum Beispiel durch die Anpassung der Gehälter aller an die der Gymnasiallehrer*innen, ist ein längst überfälliger Schritt, um den sächsischen Schüler*innen übermäßigen Stundenausfall zu ersparen.

Auch in der frühkindlichen Erziehung sehen wir weiteren Verbesserungsbedarf. Der SPD-Beschluss zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels gilt, auch wenn er mit dieser Koalition nicht umfänglich umgesetzt werden konnte. Die notwendigen finanziellen Ressourcen sind leichter zu beschaffen, wenn eine Koalition dieses Ziel als gemeinsames und dringliches Anliegen betrachtet. Auch qualitativ sehen wir Verbesserungsmöglichkeiten, um unsere Kinder optimal auf ihren weiteren schulischen Bildungsweg vorzubereiten sowie ihrer Entwicklung zu engagierten Demokrat*innen zu begleiten. Dazu bedarf es einer Aufwertung des Erzieher*innenberufes durch bessere Bezahlung und Möglichkeiten zur Weiterbildung. Gerade in den großen Städten werden Erzieher*innen dringend gesucht. Das Land muss hier den Kommunen durch Quereinsteiger*innenprogramme und ähnliches unterstützend zur Seite stehen.

Doch nicht nur im Schulbereich klemmt es. Auch die sächsischen Hochschulen leiden an schlechter Finanzierung und viele Angestellte verweilen seit Jahren im wissenschaftlichen Prekariat. Hier lassen konservative Kräfte echten Änderungswillen vermissen. Auch das Schaffen der Austrittsoption für die verfasste Studierendenschaft war ein schwerer Fehler der letzten schwarz-gelben Regierung, den es zu korrigieren gilt. Eine Reform des Hochschulgesetzes scheint ein Projekt zu sein, dass mit einer CDU-geführten Regierung offenbar ausgeschlossen ist.

Entschlossenes Handeln ist auf dem gesamten Feld der Bildungspolitik gefragt. Schule und Hochschule, aber auch die Förderung der ganz Kleinen durch eine weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels sowie die Öffnung der Hochschulen für Geflüchtete sind politische Ziele, die eine rot-rot-grüne Regierung aus unserer Sicht entschlossener angehen würde.

3. Diskriminierung den Kampf ansagen: Ein Problem ist ein Problem!

In konservativen Kreisen gefallen sich gerade Frauen darin, Quotenregelungen als unnötige Bevorzugung und Männerdiskriminierung zu diffamieren. Gute - also ausreichend qualifizierte Frauen - so das "Argument", hätten eine Quotenregelung und Frauenförderung nicht nötig. Es ist jedoch eine Tatsache, dass Frauen trotz gleicher Qualifikation in Auswahlverfahren und beim Gehalt in der Regel den Kürzeren ziehen. Dem gilt es durch Quotenregelungen, nachhaltige Förderung von Fraueninitiativen und -verbänden und eine Vorbildwirkung, zum Beispiel durch die paritätische Besetzung der Minister*innenposten, Frauenförderpläne mit Sanktionsmöglichkeiten und der paritätischen Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst zu begegnen.

Ein weiterer notwendiger Schritt wäre die Einführung und Durchsetzung von Gender-Budgeting und Gender-Mainstreaming in allen Bereichen und Ebenen der Politik des Freistaates.

Das von der SPD eingeforderte und inzwischen eingesetzte Ministerium für Gleichstellung Integration muss zur Bewältigung der zahlreichen gleichstellungspolitischen Fragen dringend finanziell und strukturell aufgewertet werden. Denn nicht nur die Benachteiligung von Frauen ist ein Problemfeld im Rahmen der Gleichstellungspolitik. Auch der Kampf gegen Homo- und Transphobie muss einen entsprechenden Stellenwert haben. Es geht hierbei auch um die stete Anerkennung des Problems und Elemente der symbolischen Unterstützung. Dass die Regenbogenfahne nicht vor dem Ministerium gehisst werden durfte und sogar wieder abgenommen wurde, ist ein fatales Signal, welches für uns in einer rot-rot-grünen Regierung nicht denkbar wäre.

Alle gleichstellungspolitischen Aufgaben sind Querschnittsaufgaben. Diese Einsicht darf jedoch nicht dazu verleiten überall ein bisschen darüber zu reden und am Ende nichts zu tun. Gerade im Kampf gegen Homo- und Transphobie fordern wir beispielsweise seit Jahren pauschale Ausschlusskriterien bei der Blutspende zu überprüfen. Hier könnte Sachsen initiativ vorwärts gehen, so wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Auch die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung(en) ist weiterhin ein gesellschaftliches Problem. In der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik streiten wir für echte Inklusion und absolute Barrierefreiheit. Das Beispiel Mediennutzung ist nur eines von vielen, wo Menschen mit Behinderung ausgeschlossen werden. Deshalb fordern wir u.a., dass das MDR-Programm 100prozentig barrierefrei angeboten wird.

Ein Problem ist ein Problem - mit einer rot-rot-grünen Regierung sollten schon allein die Weichen für die Problemanalyse gänzlich anders gestellt sein. Nur wer bestehende Probleme anerkennt, kann entschlossen an ihrer Lösung arbeiten.

4. Innenpolitik: SoKo Ulbig

Geht es um Fragen von Asyl und Integration ist in Sachsen leider zumeist das Innenministerium zuständig. In den letzten Monaten wurden Beobachter*innen Zeuge von fatalen Problemanalysen, Verzögerungen und populistischen Schnellschüssen. Sei es die katastrophale Kommunikationspolitik hinsichtlich von Erstaufnahmeeinrichtungen gegenüber den Kommunen, die Ausstattung und Betreibung derselben oder rechtspopulistische

Äußerungen über kriminelle Asylbewerber*innen - auf den sächsischen Innenminister war stets Verlass. Überbordendes Verständnis für mehr als zweifelhafte Polizeieinsätze garnierten eine alles in allem missratene Integrationspolitik, die aus Sicht der Jusos im Integrationsministerium ohnehin besser aufgehoben wäre. Integration - oder für uns besser Inklusion - das ist offenbar geworden, ähnelt mit den Konservativen einer Huckelpiste voller Schlaglöcher und Unwägbarkeiten. Das Dramatische ist, dass über diese Huckelpiste keine Autos rollen, sondern Menschenleben und Lebensentwürfe ruiniert werden.

Gelebte Willkommenskultur, die Asylrecht nicht als freundliche Geste, sondern als selbstverständliches Recht begreift und lieber über die Erhöhung der Mittel für Sprach- und Integrationskurse spricht, als sogenannte "Integrationsverweigerer" anprangert, ist mit einer rot-rot-grünen Regierung zweifellos eher möglich.

Pegida, Legida, Demonstrationen vor Asylunterkünften und ähnliches haben in den letzten Monaten die Einsätze von Polizeikräften fast täglich notwendig gemacht. An vielen Stellen wurde leider offenbar, dass in der sächsischen Polizei noch Nachholbedarf hinsichtlich demokratischer Grundwerte besteht. Wir kritisieren nicht die Polizei als solche, sehen aber klar die Defizite und teilweise groben Fehler bei Polizeieinsätzen, die in den letzten Monaten zunehmend zur Tagesordnung gehören. Daher streiten wir weiter für eine Kennzeichnungspflicht, das Verbot von Pfeffersprayeinsätzen und auch weiterhin für eine klare Ablehnung von Gummigeschossen. Unsere Forderung nach einer Beschwerdestelle wurde zwar im jüngsten Koalitionsvertrag aufgenommen und inzwischen umgesetzt. Der wesentliche Zusatz 'unabhängig' ist jedoch durch die Ansiedlung beim Innenministerium nicht erfüllt. Zudem ist es fraglich, wie sich Betroffene wirkungsvoll über das Fehlverhalten eines Polizist*en oder einer Polizist*in beschweren sollen, wenn eine Identifizierung mangels Kennzeichnung nicht möglich ist.

Wir brauchen mehr echte, ausgebildete Polizist*innen, die im Rahmen ihrer Ausbildung verstärkt zu deeskalierenden Maßnahmen, Moderation von Konflikten, aber auch demokratischen Grundwerten, Religionen und Kulturen etc. geschult werden. Die Einführung einer bewaffneten Wachpolizei stellt für uns dabei eine gefährliche Augenwischerei dar, da sie nicht die grundlegenden Probleme im Bereich der Personalpolitik löst, sondern das staatliche Gewaltmonopol unzureichend ausgebildeten Bediensteten überlässt, die "echte" PolizistInnen nicht ersetzen können. **Die Wiederabschaffung der Wachpolizei und die Überführung der dort eingeplanten Personalstellen in den regulären Polizeistrukturen ist ein Ziel der Jusos Sachsen, welches sich mit einer R2G-Regierung eher durchsetzen lassen wird als mit der aktuellen Schwarz-Roten.**

Im Bereich Innenpolitik gibt es neben den genannten Punkten noch einige weitere relevante politische Felder, für die wir mit einer CDU-geführten Regierung keinen echten Fortschritt sehen. Zu nennen ist hier auch das Feld der Drogenpolitik. Wir Jusos stehen weiterhin für konstante Präventionsarbeit, die zum Beispiel eine landesrechtlich mögliche Anhebung der "geringen Menge" im Rahmen des Betäubungsmittelgesetzes umfassen könnte. Zugleich sollte sich eine solche Regierungskonstellation im Bund entsprechend der Beschlusslage der SPD Sachsen für die Legalisierung von Cannabis einsetzen.

5. Haushaltspolitik: Wider dem Sparen um jeden Preis!

In diesen Monaten blicken die Parlamentarier*innen schon wieder Richtung Haushalt. Er ist gerade für uns Sozialdemokrat*innen als bedeutend kleinerer Koalitionspartner der Gradmesser für die Erfolge, die wir in dieser Regierungsbeteiligung erzielen können. Viel wurde in den Koalitionsverhandlungen erreicht, jetzt gilt es erneut, dies auch finanziell entsprechend zu unterfüttern. **Trotz Einführung der Schuldenbremse und sprudelnden Steuereinnahmen sind die Haushaltsverhandlungen mit den Konservativen jedoch ein zäher Prozess. Die zweimal im Jahr erscheinenden Steuerschätzungen des Bundes weisen stets einen drastischen Unterschied zu dem vom sächsischen**

Finanzministerium erhobenen eigenen Zahlen auf. Mit schöner Regelmäßigkeit rechnet sich Sachsen arm. Progressive und solidarische Politik lassen sich jedoch nicht vom Blick auf die hohe Kante bezahlen, sondern bedürfen vernünftiger Investitionen.

In Sonntagsreden preisen auch konservative Politiker*innen stets die Kommunen als Keimzellen der Demokratie und den Ort, an dem politische Entscheidungen am unmittelbarsten Wirkung zeigen. Gerade im Rahmen der Integrationsdebatte gewinnen die Kommunen und ihre Integrationsleistungen, die stetig eingefordert werden, an Bedeutung. Da schmerzt es umso mehr, dass die Kommunen seit Jahren dramatisch unterfinanziert sind. Gerade jetzt wird das Geld dort dringender denn je gebraucht. Für uns Jusos ist klar: Arm rechnen und für den Sankt Nimmerleinstag sparen müssen ein Ende haben.

In einer rot-rot-grünen Regierung sehen wir die Chance für solide Haushaltsführung und bedarfsgerechte Ausstattung der Kommunen. Für uns steht weiterhin fest: Wir Sozialdemokrat*innen mussten nicht mit einer Schuldenbremse beweisen, dass wir wirtschaften können. Investitionen an den richtigen Stellen sparen langfristig mehr als die Freude am vollen Landessäckel und abgewirtschaftete Kommunen. Die Schuldenbremse sehen wir weiterhin nicht als sinnvolles Instrument der Haushaltspolitik an.

Zu einem guten Finanzmanagement, gehört auch eine schnelle Bereitstellung einmal versprochener Mittel sowie die sinnvolle Verwendung und Weitergabe zusätzlich vorhandener Mittel. Mit der CDU sehen wir, dass Planungssicherheit hier häufig nicht gegeben ist. Selbst wenn Budgets verhandelt sind und dringend gebraucht werden, wird das Geld unnötig zurückgehalten. Einen echten Wechsel kann es hier nur mit einem Personalwechsel im Finanzministerium geben.

6. Wirtschafts-, Arbeits- & Sozialpolitik: Solidarisch erfolgreich

Sachsen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten einen zweifelhaften Ruf als Billiglohnland erworben. **Der Slogan 'Sozial ist, was Arbeit schafft' darf jedoch nicht das Leitmotiv der Ansiedlungspolitik sein. Nur gute Arbeit, die den Arbeitnehmer*innen eine faire Bezahlung bietet, ist Arbeit für die es sich zu werben lohnt.** Das mag an vielen Stellen hart sein, denn Arbeitslosigkeit ist in vielen Teilen Sachsens ein Problem. Diese Lage darf uns jedoch nicht zum Spielball wirtschaftlicher Interessen werden lassen. Vielmehr bedarf es einer Strategie, um gerade den Langzeitarbeitslosen neue Chancen zu bieten. Sanktionen helfen hier aus unserer Sicht nicht weiter. Der zweite Arbeitsmarkt muss auch denen eine Chance bieten, die sich nicht weiter qualifizieren können. **Die Abschaffung des Kommunal-Kombis war ein schwerer Fehler der letzten schwarz-gelben Regierung. Wir Jusos fordern die rasche Wiedereinführung dieses Modells!**

Wir Jusos stehen zudem für genossenschaftliche und gemeinschaftliche Unternehmensformen. Hier müssen Förderprogramme des Landes Gründer*innen die entsprechende Hilfe an die Hand geben. **Die Wirtschafts- und Arbeitspolitik in Sachsen muss weg von bloßen Leuchtturmprojekten und hin zur Förderung der kleinen Unternehmen und Mittelständler, die am Ende den Wert der sächsischen Arbeitslandschaft ausmachen.** Dabei muss das Land stärker als bisher die Chancen universitärer Ausgründungen und innovativer Gründungen im Bereich der Kreativwirtschaft fördern. Hemmnisse der Unternehmensgründung müssen abgebaut und Beratungspotenziale ausgebaut werden. Denn auch gute Ideen brauchen Hilfe, um zu großen Ideen zu werden.

Das Problem der Unternehmensnachfolge oder das Fehlen von Auszubildenden für diverse Handwerksberufe sind Probleme; die jenseits von Sonntagsreden benannt und angepackt

werden müssen. Den anstehenden Generationenwechsel in den Spitzen der Unternehmen sehen wir auch als Chance, in der extrem kleinteiligen sächsischen Unternehmensstruktur zu größeren Unternehmenseinheiten zu kommen, die Forschung und Innovation besser bewerkstelligen können. Auch der digitale Ausbau in Sachsen muss endlich konsequent angegangen werden. Digitalisierung bedeutet mehr als bloßer Breitbandausbau, ist aber gleichzeitig die Basis für alles Weitere und zentral für die Zukunft des ländlichen Raums.

Unternehmen bestehen in erster Linie aus den unzähligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die tagtäglich zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen. In Sachsen spiegelt sich diese Tatsache bisher nur unzureichend wider: Weite Teile des klein- und mittelständischen Unternehmens sind "Betriebsrats-freie Zone" und entziehen sich jeder Mitbestimmung. So werden katastrophale Arbeitsverhältnisse, die insbesondere Auszubildende treffen, erst möglich. Diesem Missstand muss auch das Land stärker entgegentreten. Die Schwäche von Gewerkschaften darf nicht weiter als Standortvorteil gelten, sondern muss auch Thema entsprechender Förderstrategien werden. Nicht zuletzt muss der Freistaat Sachsen als Arbeitgeber tausender Beschäftigter selbst Vorbild in Sachen Mitbestimmung werden.

Um eine wirkungsvolle Sozialpolitik zu gestalten, braucht es entsprechende Mittel. Eine solidarische Gesellschaft schultert gemeinsam nach den jeweiligen Kräften die Ausgaben, die es braucht, um eine Gesellschaft für alle zu gestalten. **Niemand profitiert, wenn sich die Schere zwischen arm und reich immer weiter auftut.** Wir Jusos fordern daher weiterhin die Zahl der Steuerfahnder*innen deutlich zu erhöhen.

Die zunehmenden Privatisierungen, gerade im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge sehen wir Jusos äußerst kritisch. Krankenhäuser, Stadtwerke Gefängnisse und Infrastruktur gehören in öffentliche Hand und sollten gegebenenfalls zurück in staatliche Hand überführt werden.

Es bedarf zudem mutiger Strategien für den älter werdenden ländlichen Raum. Die Attraktivität muss über den Erhalt der Infrastruktur und die Offenheit für neue Konzepte gewahrt werden. Ärzte, Geschäfte, Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr, Schulen, Kindertagesstätten - all das sind Dinge, die wir nicht der Abwanderungsbewegung in die großen Städte preisgeben dürfen. Gleichzeitig gilt es den massiven Zuzug dort abzufedern, indem Förderprogramme den Kommunen die Chance bieten ihre Infrastruktur bedarfsgerecht und zukunftsorientiert mitwachsen zu lassen.

Damit unsere Städte für alle bewohnbar bleiben, bedarf es eines tragfähigen Programms für den sozialen Wohnungsbau. Die Gentrifizierung und Ghettoisierung von Stadtteilen muss gestoppt bzw. frühzeitig verhindert werden. Hier hilft es nicht stets und ständig zu behaupten es gäbe hier und da noch genügend Leerstand. Wir müssen uns der Realität und den unterschiedlichen Auslastungen der Flächen in Sachsen stellen. Dabei gilt es alternative und gemeinschaftlich organisierte Lebens- und Wohnkonzepte, wie etwa das Mehrgenerationenhaus, oder interkulturelle Wohnprojekte zu fördern.

7. Umwelt- und Energiepolitik: Mehr als das Grün in der Landesflagge

Für uns Jusos ist klar: Dieser Planet ist nur geborgt. Wir dürfen den kommenden Generationen keine abgewirtschaftete Umwelt hinterlassen, sondern müssen auch lokal für die Umwelt und eine nachhaltige Energiepolitik aktiv werden. **Auch Umweltsünden sind Schulden.**

Für uns gehört zu einer guten Umweltpolitik unter anderem die Abkehr von der Massentierhaltung, die Förderung von biologischen Landbau und Tierhaltung sowie die Schaffung einfacher Übergangslösungen für Milchbauern und Milchbäuer*innen, die aufgrund der Überproduktion zum Beispiel auf Bio umstellen, oder die Milchwirtschaft aufgeben wollen. Dabei stehen wir auch der europäischen Subventionspolitik in der

Landwirtschaft sehr kritisch gegenüber. Das Gebot des 'immer mehr' - egal ob es um Kühe, andere Tiere oder den Anbau von Produkten geht, hat ausgedient. **Die Einsicht, dass Qualität vor Quantität geht und Lebensmittel einen angemessenen Preis haben müssen, lässt sich mit einer rot-rot-grünen Regierung aus unserer Sicht besser umsetzen.**

Ähnliches gilt für viele weitere Bereiche der Umweltpolitik, sei es der Einsatz von Glyphosat, den wir ablehnen, die Arbeit gegen das massive Bienensterben, der konsequente Ausbau der Radwegenetze, die Ablehnung des Elbvertiefung oder die Schaffung großer natürlicher Überschwemmungsgebiete. Hier gilt es neue Wege zu gehen und zum Beispiel das Konzept der Radautobahnen zwischen Städten zu prüfen. **Für uns gilt auch weiterhin: öffentlicher Personennahverkehr sollte stets das Primat vor dem Individualverkehr haben.** Dabei muss er bezahlbar und in allen Regionen für alle erreichbar sein. Mit klugen landespolitischen Maßnahmen müssen die Kommunen entsprechend unterstützt werden. Dabei müssen die Regionalisierungsmittel des Bundes in viel stärkerem Maße zur Bestellung von entsprechenden Verkehrsleistungen verwendet werden. Auch der Einsatz von eigenen Landesmitteln wie z.B. in Baden-Württemberg wäre ein starkes Signal hin zu einer echten Verkehrswende. Wir Jusos fordern zudem die Schaffung eines einheitlichen Verkehrsverbundes in Sachsen.

Auch das Feld der Energiepolitik bedarf progressiver Ansichten und mit Blick auf die Folgen für unsere Umwelt. Der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung wird seit Jahren beackert. Es fehlt jedoch an einer konsequenten Linie, die es allen Beteiligten ermöglicht verlässlich zu planen. **Es sollte keinen Zweifel daran geben, dass der zügige Ausstieg aus der Braunkohle nötig ist.** Umschulungsprogramme und Transparenz sind aus unserer Sicht hier besser als ein langsamer Tod auf Raten, der für Betroffene keine Sicherheit und für unsere Umwelt eine weitere massive Belastung bedeutet. Damit dieser Prozess gelingt, muss für die betroffenen Regionen unverzüglich eine angepasste Förderstrategie entwickelt werden, die die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe zum Ziel hat.

Antrag B1:**„Der Hochschulentwicklungs-plan 2025 - Hochschulen für alle, auch in Sachsen!“****AntragstellerIn:** JHG Sachsen**Weiterleitung:** Landtagsfraktion der SPD Sachsen

Mit dem Hochschulentwicklungsplan (HEP) 2016 sollen Leitlinien für die Entwicklung der Hochschullandschaft des Freistaates bis zum Jahr 2025 erarbeitet werden. Wir erkennen das Bemühen des SMWK an, verschiedenste Interessen auszugleichen und dabei gleichzeitig das fatale Spardiktat an den Sächsischen Hochschulen zu beenden. Erstmals sind insgesamt keine Stellenkürzungen mehr vorgesehen. Ein wichtiger Erfolg, der der CDU abgetrotzt wurde. Weiterhin begrüßen wir das partizipative Verfahren und die Einholung externer Impulse zur Erstellung des Regierungsentwurfs. Dieses Vorgehen wird hoffentlich auch bei zukünftigen Vorhaben gewählt. Beispielsweise ist eine Novelle des Hochschulgesetzes dringend erforderlich und die SPD-Landtagsfraktion sollte diesbezüglich den nötigen Druck ausüben.

Dennoch sehen wir weiterhin entscheidendes Verbesserungspotential. Angesichts weiter steigender Studierendenzahlen und anderer struktureller Herausforderungen des sächsischen Hochschulwesens, beispielsweise in der Lehramts- und Jura-Ausbildung, bedeutet eine gleichbleibende Stellenzahl für uns bloße Mängelverwaltung. Wenn wir die Hochschulen in diesem Land zukunftsfähig machen wollen, kann dies nur über gesteigerte Investitionen und einen realistischen Blick auf die nötigen Weiterentwicklungen geschehen.

Investitionen statt "Weiter so" - Finanzielle Ausstattung der Hochschulen endlich substanziiell stärken

Für uns steht fest: Der größte Bremsklotz für eine zukunftsgerechte Entwicklung der Hochschulen stellt das CDU-geführte Finanzministerium dar. Obwohl Sachsen stabil hohe Steuereinnahmen aufweisen kann, werden nach Jahren der Kürzungen gerade einmal genug Finanzmittel bereitgestellt, um weitere Stellenstreichungen zu verhindern. Minister Unland blockiert damit jeden nötigen Gestaltungswillen aus dem SMWK und den Hochschulen. Wir Jusos fordern daher die SPD-Landtagsfraktion auf, die kommenden Haushaltsverhandlungen zu nutzen, um sich für weitere Finanzmittel für das SMWK und die Hochschulentwicklung einzusetzen.

Vor allem die viel zu niedrig angesetzte Zielzahl von 95.000 Studierenden bis 2025 ist als Ausfluss dieser immer noch rigiden Sparpolitik zu sehen. Die Zielzahl muss dringend auf realistischer Grundlage neu ermittelt werden. Die neue Zahl wird, aller Erfahrung nach, über den 106.500 bereits 2015 an sächsischen Hochschulen immatrikulierten Studierenden liegen.

Weiterhin fordern wir für den Hochschulentwicklungsplan den in mehreren Gesprächen versprochenen Korridor von +/- 10 Prozent für die jeweilige Zielzahl der einzelnen Hochschulen. Selbst bei späterer Umsetzung in den Ziel- und Zuschussvereinbarungen ist die Nennung auch im vorliegenden Dokument nötig, um Unsicherheiten in den Hochschulen und Universitäten zu vermeiden.

Außerdem ist es inakzeptabel, dass die Hochschulentwicklungsplanung bereits geändert werden kann, wenn Steuern und steuerindizierten Einnahmen den Planungswert der mittelfristigen Finanzplanung unterschreiten. Die Planungssicherheit bis 2025, welche im

besonderen Fokus der Hochschulentwicklung stand, wird so zum Spielball des Finanzministeriums. Unabhängig von der bleibenden Wichtigkeit von Ausgaben im Wissenschaftsbereich braucht es auch bei rückläufigen Einnahmen einen klar definierten Korridor, wie hoch die potenziellen Rückgänge sein müssen, damit eine Neuverhandlung notwendig wird.

In der jetzigen Form ist der Willkür von Herrn Unland Tür und Tor geöffnet und der Hochschulentwicklungsplan in seiner Langfristigkeit viel zu stark eingeschränkt. Dies kann nicht Ergebnis eines so langen und komplexen Prozesses wie dem des Hochschulentwicklungsplans sein.

Die Hochschule in der Gesellschaft - Vernetzung und Zusammenarbeit verbessern

Für uns Jusos ist die Hochschule nie losgelöst als reine Bildungs- und Forschungseinrichtung zu betrachten. Sie kann und soll auch immer in die Gesellschaft hineinwirken.

Leider beschränkt sich der Hochschulentwicklungsplan größtenteils auf eine Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft. Andere gesellschaftliche Bereiche wie die Kulturlandschaft bleiben unbeleuchtet. Hier hätten wir uns ebenso Konzepte für eine Zusammenarbeit erhofft.

Freiräume und Selbstbestimmtes Lernen ermöglichen - Profilbildung anpassen

Die Einführungstexte zu den Universitäten und Fachhochschulen im Kapitel "Profilbildung" scheinen aus unserer Sicht falsch formuliert worden zu sein. Während im Abschnitt der Kunsthochschulen die Studierenden im Fokus standen, finden diese in den anderen Einführungstexten keinerlei Erwähnung.

Das ist dramatisch, denn der Ton des Einführungstextes zu den Kunsthochschulen erscheint uns, in abgewandelter Form, auch für die Fachhochschulen und Universitäten zutreffend zu sein. Unser Bildungsziel muss für alle Studierenden die Fähigkeit zum selbstständigen Arbeiten sein. Unser Bildungsziel muss für alle Studierenden die Fähigkeit sein, diese Selbstständigkeit auch in einem nationalen und internationalen Kontext anwenden zu können.

Wir fordern auch für Hochschulen und Universitäten eine klare Formulierung von Befähigungen, welche mit dem Abschluss erworben werden sollen. Der individuellen Entfaltung sollte auch an diesen Hochschulformen der nötige Freiraum gegeben werden.

Lehramtsausbildung an steigenden Bedarf anpassen

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Kapazität der verschiedenen Lehramtsstudiengänge ab 2017 auf 2000 Studierende erhöht werden soll. Angesichts steigender Schüler_innenzahlen ist dies ein wichtiger Schritt.

Eine reine Steigerung der Ausbildungszahl hilft an dieser Stelle aber nicht weiter. Wege zur Behebung des Lehrer_innenmangels lassen sich vor allem außerhalb der Hochschulentwicklungsplanung finden. Die Flächendeckende Möglichkeit, ein Referendariat seiner Wahl abzuleisten, die Möglichkeit, später in der eigenen Schulform und Fächerkombination zu arbeiten, sowie ein ansprechendes Gehalt sind mindestens ebenso wichtige Faktoren bei der Entscheidung junger Lehrkräfte, in Sachsen zu bleiben oder hierher zu kommen.

Mit Blick auf den Zickzack-Kurs der Staatsregierung während des Bologna-Prozesses in Sachsen (erst Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen, dann Rückkehr zum Staatsexamen) sollte im Interesse der Lebensplanung junger Lehramtsstudierender im Rahmen der HEP vor allem darauf geachtet werden, dass bestehende Studiengänge auch langfristig angeboten werden.

Ausbau berufsbegleitender Studienangebote statt Kooperation mit der Berufsakademie Sachsen

Einer Kooperation der BA Sachsen mit den Fachhochschulen bezüglich gemeinsamer Masterstudiengänge stehen wir skeptisch gegenüber. Das Qualifikationsziel des Masters, eine Befähigung zum eigenständigen wissenschaftlichen Arbeiten, steht kaum in Verbindung mit den Qualifikationszielen der BA Sachsen im Bezug auf die praxisnahe duale Ausbildung.

Der Ausbau der berufsbegleitenden Masterstudiengänge an den Universitäten und Fachhochschulen erscheint uns stattdessen als der sinnvollere Weg.

Zusätzlich hegen wir Bedenken, wie eine Studienfinanzierung über das Bafög bei einer Kooperation sichergestellt werden kann. Dass Kooperationen oder berufsbegleitende Studiengänge über Studiengebühren finanziert werden, lehnen wir in aller Deutlichkeit ab. Der Freistaat muss, wie an anderer Stelle beschrieben, auch dafür eine auskömmliche finanzielle Ausstattung bieten

Antrag B2:**„GRW-Leistungskurs ermöglichen. Politische Meinungsbildung unterstützen.“****AntragstellerIn:** JHG Sachsen**Weiterleitung:** Landesparteitag der SPD Sachsen

Wir fordern, an allen sächsischen Gymnasien in der Oberstufe neben dem bisher bestehenden Kursangebot ergänzend die Möglichkeit einen Leistungskurs des Unterrichtsfaches Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft einzubringen.

Zu diesem Zweck wird das Fach GRW in den § 39 (1) ("Leistungskursfächer") der Schulordnung Gymnasien Abiturprüfung (SOGYA) aufgenommen. So erhalten die sächsischen Gymnasien überhaupt erst die Möglichkeit, bei entsprechendem Interesse und Schulprofil einen GRW-Leistungskurs anzubieten.

Zudem fordern wir eine breitere Aufstellung des GRW-Unterrichtes an den sächsischen Schulen. Zum einen soll das Fach bereits ab der 8. Klasse an Oberschulen sowie Gymnasien unterrichtet werden, zum anderen ist dafür eine Erhöhung der bisherigen zwei Wochenstunden nötig, da Momentan die Zeit für politische Diskussionen im Schulunterricht fehlt.

Um diese Ziele zu erreichen, sind Investitionen in die Ausbildung von und Anreize für Lehrer unabdingbar, um ausreichende Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Außerdem ist eine Abkehr von einem reinen Frontalunterricht und der lediglich systematischen Betrachtung von Politik und Gesellschaft sowie deren „auswendig“ lernen nötig. Den Schüler*innen muss Demokratie praktisch erfahrbar und erlernbar gemacht werden, um die nötigen Kompetenzen erlernen zu können, die sie auf die Schwierigkeiten demokratischer Problemlösungsfindung vorbereitet.

Antrag B3:**„Refugees Welcome - auch an sächsischen Hochschulen“****AntragstellerIn:** JHG Sachsen**Weiterleitung:** Landesparteitag der SPD Sachsen sowie das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst

In den letzten Jahren sind viele Geflüchtete nach Deutschland gekommen, um hier ein neues Leben aufzubauen. Wichtige Teile der Integration sind die Bildung, Ausbildung und die Integration in die Arbeitswelt. Ein Weg dorthin kann das Studium an einer Hochschule in Sachsen sein. Dabei geht es nicht nur darum, dass die Geflüchteten sich auf das Studium vorbereiten, indem sie zum Beispiel die deutsche Sprache lernen. Auch die Hochschulen müssen sich an die neuen Studierenden anpassen.

Deshalb fordern die Jusos Sachsen die Landtagsfraktion auf, folgende Punkte als Prüfungsauftrag an das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst zu formulieren:

- das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst soll einen Bericht über die Umsetzung von Maßnahmen zur Öffnung der Hochschulen für Geflüchtete anfertigen und veröffentlichen
- die Sächsischen Hochschulen sollen für das Studium relevante Dokumente und Formulare und entsprechende Medienauftritte in Englisch und in den Sprachen der Geflüchteten übersetzen
- an den sächsischen Hochschulen sollen Stellen geschaffen werden für Beauftragte, die als Ansprechpartner*innen bei Fällen von Diskriminierung gegenüber Geflüchteten funktionieren
- Die Sächsischen Hochschulen sollen Religionsfreiheit gewährleisten. Das beinhaltet die Möglichkeit zur Prüfungsfreiheit an Feiertagen aller "Weltreligionen"
- Lehrende der Sächsischen Hochschulen sollen verpflichtend an Antidiskriminierungsseminaren teilnehmen. Diese sollen in Kooperation mit externen Institutionen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung engagieren, konzipiert werden.

Antrag B5:

„Bildungsurlaub endlich für Sachsen!“

AntragstellerIn: UB Dresden

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und den Landesparteitag der SPD Sachsen

- Die Jusos Sachsen fordern die Umsetzung des Übereinkommens 140 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und damit ein Bildungsurlaubsgesetz für den Freistaat Sachsen.
- Bei der Erarbeitung dieses Gesetzes soll das Saarländische Bildungsfreistellungsgesetz (SBFG) als Vorbild herangezogen werden.

Antrag Ini 1:**„Jetzt mal ehrlich! – Für eine ernsthafte Schulreformdiskussion“****AntragstellerIn:** Projektgruppe Bildung**Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Die Jusos Sachsen halten die vom sächsischen Kultusministerium (SMK) eingebrachten Vorschläge zur Änderung des Schulgesetzes für absolut unzureichend. Wir fordern eine ehrliche Debatte über die Herausforderungen des sächsischen Schulwesens.

- **der katastrophale Start**

Sowohl der erste als auch zweite Referent_innenentwurf lassen darauf schließen, dass die oberste Schulbehörde bemüht ist, lediglich seine Entscheidungsmacht zu vergrößern. Substanzielle Aussagen, wie eine klare Unterstützung der inklusiv arbeitenden Schulen, bleiben aus. Stattdessen wird darauf verwiesen, dass Näheres durch entsprechende Rechtsverordnungen geklärt werden würde.

- **besser ist nicht gleich gut**

Der vom SMK durchgeführte Bürgerdialog ist im Verhältnis zum bisherigen Politikstil in Sachsen eine angenehme Neuerung gewesen. Dennoch kann nicht von einem echten Dialog die Rede sein.

Inwiefern die Vielzahl an mündlichen und schriftlichen Beiträgen aus den Foren tatsächlich gehört wurde, ist vollkommen unklar. Stellungnahmen von Seiten der Schüler_innen, Eltern und Lehrer_innen sind auch beim überarbeiteten Änderungsentwurf kaum berücksichtigt worden.

- **eine ehrliche Reformdiskussion**

Mittlerweile ist die Diskussion aufgrund vieler Probleme im Schulbereich und der regen Beteiligung unterschiedlichster Gruppen dermaßen komplex geworden, dass nahezu jede Stellschraube im Gesetz in Frage steht. Allein den Themen Inklusion, Schulentwicklung in Stadt/ Land und Schulautonomie hätte ein mehrjähriger Austauschprozess aller Beteiligten gut gestanden.

Das sächsische Schulgesetz ist dermaßen reformbedürftig, dass sich der Landtag die nötige Zeit nehmen sollte, die Beteiligten zu allen relevanten Sachfragen ausgiebig einzubeziehen. Schließlich kann sich dieser Prozess nicht allein auf das Schulgesetz beziehen. Viele weitere Bereiche, die hier nicht direkt geregelt werden, sind betroffen, wie zum Beispiel die Jugendhilfe und die Lehrer_innenbildung. Daher sollte der Landtag dem Druck des SMK widerstehen, ein halbbares Gesetz durch die Gremien zu peitschen.

Wir fordern stattdessen, die Einrichtung einer dauerhaften themenspezifischen Kommission unter der Beteiligung von Verbänden und Expert_innen zu den drängenden bildungspolitischen Sachfragen. Diese sollten weitere themenspezifische öffentliche Foren durchführen können und letztlich dem Landtag zu arbeiten können. Das wäre aus unserer Sicht die gebotene und ehrliche Beteiligung der interessierten Bürger_innen.

Unsere inhaltlichen Forderungen an die Schulreform

Der aktuelle Änderungsentwurf muss, insbesondere in den zentralen Bereichen Inklusion, Schulnetzentwicklung und demokratische Schule, grundlegend überarbeitet werden.

- **Inklusion**

Auch Sachsen besitzt ein sehr aussonderndes Schulsystem. In der Regel werden Schüler_innen mit Handicaps noch immer auf Sonderschulen geschickt, die sehr weit vom Wohnort entfernt liegen. Diese Schulen bieten ihnen kaum eine Perspektive auf einen anerkannten Abschluss. Eine inklusive Schulreform muss dem beikommen:

- das allgemeine Schulsystem muss sich allen Schüler_innen mit ihren verschiedenen Lernausgangslagen, Interessen, Stärken und Hintergründen anpasst, nicht umgekehrt (vgl. UN-BRK)
- inklusiv arbeitende Schulen erhalten verlässliche Pauschalmittel zum eigenverantwortlichen Einsatz
- die Feststellungsdiagnostik wandelt sich daher zu einer Förderdiagnostik, die den internen Förderplan einer Schule beschreibt, statt über Mittelzuweisungen zu entscheiden
- Schulen in sozialen Brennpunkten erhalten zusätzliche Mittel
- Förderschulen werden schrittweise umgewandelt zu förderpädagogischen Kompetenzzentren
- ein beratendes und standardsicherndes Unterstützungssystem, welches Evaluation und Lehrer_innenfortbildung im Schulentwicklungsprozess unterstützt

- **Schulnetzentwicklung**

Derzeit ist die Anwendung gesetzlich geltender Vorgaben zum Erhalt von kleinen (Land-)Schulen ausgesetzt ('Schulschließungsmoratorium'). Dieses Moratorium soll nach dem Willen des SMK beendet werden. Insbesondere bei den Berufsschulzentren würde das eine massive Schulschließung bedeuten. Stattdessen sollte...

- die Schulnetzplanung weg von der Fixierung auf Schularten und Mindestschüler_innenzahlen hinzu Standards für eine flexible, wohnortnahe Versorgung nach Bildungsgängen (zum Beispiel in Form von Zusammenlegungen von Oberschulen und Berufsschulzentren).
- die wohnortnahe Versorgung garantiert werden, um die Ausdünnung des ländlichen Raumes nicht, durch das Fehlen von öffentlicher Infrastruktur, weiter zu verstärken.
- es endlich die Möglichkeit geben, auch Schulen einzurichten, die alle Bildungsabschlüsse anbieten. Dies sichert nachhaltig ihren Erhalt im ländlichen Raum.

- **Demokratische Schule**

Ein wichtiger Baustein um die nachwachsende Generation für eine solidarische und gerechte Gesellschaft zu gewinnen, ist eine gute Demokratiebildung. In dieser Hinsicht gibt es in Sachsen gewaltigen Aufholbedarf. Was aber wäre ein demokratisches Schulwesen?

- Die demokratische Schule bezieht den Querschnitt der Gesellschaft ein. Sie arbeitet inklusiv.
- Es werden die Meinungen und Potenziale aller Betroffenen ausgeschöpft (das betrifft die Mitbestimmung und Begleitung demokratischer Prozesse auf allen Ebene des Schulwesens).
- Demokratische Werte werden damit Praxis und leitendes Bildungsziel zugleich (Konzept der „Civic education“).
- Die wichtigen Mitbestimmungsrechte der Schüler_innen müssen anerkannt und detailliert im Gesetz festgehalten werden. Den Versammlungen sowie der Vor- und Nachbereitung ist ausreichend Raum im Schulalltag danach einzuräumen, dass möglichst alle Schüler_innen daran partizipieren können.
- Alternative Wahl- und Amtsbesetzungsverfahren sollten ermöglicht werden, wie zum Beispiel die Urwahl der Schülersprecherin/ des Schülersprechers.

- **weitere wichtige Punkte**

- Alle Lernmittel sind den Schüler_innen unentgeltlich und, falls möglich, leihweise zu überlassen, unabhängig davon, ob sie verbraucht werden oder nicht.
- Die freie Schulwahl ist über die Übernahme der ÖPNV-Fahrtkosten durch den Wohnortkreis bzw. durch Zuschüsse zu einem über die Schulwege hinausgehenden Sachsen-Ticket zu gewährleisten.
- Dem beschlossenen Orientierungsrahmen zur Sexualerziehung soll im Schulgesetz Rechnung getragen werden.

Antrag C1**„Ausbau von barrierefreien Inhalten im MDR“****AntragstellerIn:** SV Leipzig**Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und Landesparteitag der SPD Sachsen

Wir fordern den Vertreter der SPD Sachsen im MDR Rundfunkrat (Dirk Panter) und die SPD Sachsen auf, sich dafür einzusetzen, dass Menschen mit Behinderung, stärker als bisher mit Angeboten bei dem öffentlich-rechtlichen MDR angesprochen werden.

Inklusion, d.h. die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unabhängig von körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen, kann nur gelingen, wenn man diese auf allen Ebenen angeht. Dazu gehört auch die Barrierefreiheit in den Medien. Die Barrierefreiheit muss bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten um ein Vielfaches erhöht werden, mit dem Ziel, langfristig alle Angebote der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten barrierefrei zu gestalten.

Wir fordern:

Alle im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesendeten Ton- und Videoinhalte müssen mit einer maschinenlesbaren Untertitelspur versehen sein, Vorteile neuer Technologien nutzen und alle direkt von öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern produzierten oder in Auftrag gegebenen Inhalte mit Gebärdensprache und Audiodeskription ausstatten.

Außerdem sollen Web-Inhalte barrierefrei gestaltet werden. Dazu gehört die Anpassung von Webseiten an Braille-Ausgabegeräten. Damit verbunden ist die Freiheit der Seiten von JavaScript oder ähnlichen Skriptsprachen, welche für Blinde das Lesen der Seiten mithilfe der ihnen zur Verfügung stehenden Lesegeräten erschweren könnten. Alternativ können dazu auch skriptsprachenfreie Webseitenversionen ausgewiesen werden. Weiterhin sollen die Redaktionen dazu verpflichtet werden, für Bilder passende Alternativtexte bereit zu stellen. Sofern nicht vorhanden, sollen zu allen bereitgestellten Videos Untertitel zur Verfügung stehen.

Antrag C2**„Schlechterstellung von Unverheirateten abschaffen!“****AntragstellerIn:** UB Dresden**Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag sowie SPD-Bundestagsfraktion

Wir fordern die SPD-Fraktionen in Bund und Freistaat auf, das bestehende Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting umzubauen, sodass es zu einer völligen Gleichstellung von Unverheirateten, Lebenspartnern und Verheirateten kommt, wenn in diesen Verbindungen Kinder, ob leiblich oder nicht, vorkommen. Bestehende Ungleichbehandlungen, hinsichtlich der Art der Verbindung mit Kindern, beispielsweise im Steuerrecht oder in Tarifverträgen müssen aufgehoben und für die Zukunft verboten werden.

Antrag E1:**„Neuausrichtung sozialdemokratischer Türkei-Politik – Unterstützung der progressiven Zivilgesellschaft statt Kuschen vor Erdoğan“****AntragstellerIn:** UB Dresden**Weiterleitung:** Juso-Bundeskongress

Im Angesicht sogenannter Flüchtlingswellen war die Zusammenarbeit mit Mittelmeeranrainerstaaten wiederholt Mittel der Wahl, um Menschen auf der Flucht davon abzuhalten, die Küsten Europas zu erreichen.

Auch der „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei hat vor allem das Ziel, eine weitere Hürde auf dem Weg über die Balkanroute aufzubauen. Das europäische Asylverfahren soll de facto in die Türkei ausgelagert werden. Einzig erkennbarer „Erfolg“ dieser Maßnahme ist die verstärkte Wiederaufnahme von Schleuseraktivitäten auf der zentralen Mittelmeerroute über Italien, die bereits wieder zu zahlreichen Todesfällen geführt hat.

Die türkische Regierung unter Präsident Erdoğan will mit dem Abkommen vornehmlich innenpolitisch Punkte sammeln, indem sie im Gegenzug Visaerleichterungen für türkische Bürger_innen einfordert, die in die Europäische Union einreisen wollen. Die EU hat bisher alles unternommen, um diesen Deal mit der Türkei auf den Weg zu bringen und auch die Bundesregierung hat dabei über die aktuellen Geschehnisse vor Ort großzügig hinweg gesehen.

Dabei hat Erdoğan bereits mehrfach bewiesen, dass er weder ein Freund der Grund- und Menschenrechte, noch ein vertrauenswürdiger Verhandlungspartner, noch ein stabilisierender Faktor in der Region ist. Schon seit Jahren lässt er vermeintliche oder tatsächliche Oppositionelle wahlweise wegen Terrorismus(unterstützung) oder Beleidigung verfolgen, seien es nun Gezi-Demonstrant_innen, linke, Kurd_innen, Journalist_innen, unliebsame Militärs oder die Gülen-Bewegung. Den Südosten seines Landes hat er, nach anfänglichen Friedensbemühungen, in einen militärischen Ausnahmezustand geführt, bis hin zur Belagerung ganzer Städte. Den Bürgerkrieg im Nachbarland Syrien hat er durch anfängliches gewährenlassen von IS-Terroristen in der Türkei mit befeuert. Eine der EU zugesagte Änderung der Anti-Terror-Gesetze will er nicht mehr umsetzen. Sein neuestes Thema ist eine Kampagne gegen das Scheidungsrecht von Frauen, das Recht auf Verhütungsmittel und Abtreibung. Diese Liste ließe sich noch weiter ausführen, soll aber letztendlich nur verdeutlichen, dass von den Anfangs in Erdoğan gesetzten Hoffnungen auf eine weitere Modernisierung des Landes und eine Annäherung an Europa nicht mehr viel übrig geblieben ist.

Gleichzeitig haben wir es mit einer Opposition zu tun, die nicht nur unter der Repression durch die Regierung zu leiden hat, sondern sich auch selbst im Weg steht. Die sozialdemokratische CHP unterstützte zum Teil eine Initiative der Regierung, den Abgeordneten der linken Kurdenpartei HDP mithilfe meist dubioser Strafverfahren die Immunität zu entziehen. Hier hilft also ein assoziiertes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas dabei, ein anderes aus dem Parlament zu verbannen. Auf der anderen Seite fällt es der HDP schwer, sich von Terrorismus zu distanzieren, wie der Fall einer Abgeordneten zeigt, die auf der Trauerfeier eines gefallenen PKK-Terroristen anwesend war.

Die Situation ist also verfahren. Während sich Erdoğan und die AKP für uns nicht als Verhandlungspartner anbieten, benötigt die Oppositionsbewegung Impulse und langfristige Solidarität von außen.

Deshalb fordern wir:

- Die Aussetzung des Flüchtlingsrücknahmeabkommens mit der Türkei
- Die strikte Durchsetzung der Bedingungen zur Visaerleichterung
- Einen aktiven Austausch mit der deutschen und europäischen Sozialdemokratie mit den beiden assoziierten SPE-Mitgliedern CHP und HDP, sowie anderen progressiven Institutionen in der Türkei
- Jugendaustauschprojekte der Jusos mit linken türkischen Jugendverbänden, darunter auch die Jugendverbände o.g. Parteien

Antrag E2:

„Europa Neu begründen“

AntragstellerIn: SV Leipzig

Weiterleitung:

Die Jusos Sachsen schließen sich dem Appell des gewerkschaftlich geprägtem Netzwerk „Europa Neu begründen“ an, den Aufruf zu unterzeichnen sowie ein Teil der Kampagne zu werden.¹

¹ <http://www.europa-neu-begrunden.de/>

Antrag I1

„Profit über Sicherheit? Kontrollen an Flughäfen wieder verstaatlichen!“

AntragstellerIn: UB Mittelsachsen

Weiterleitung: Juso Bundeskongress und SPD-Landesparteitag mit dem Ziel der Weiterleitung an SPD Bundesparteitag und die SPD Fraktion im Deutschen Bundestag:

Die Jusos Sachsen fordern:

1. Sofortiger Stopp aller Privatisierungsmaßnahmen im Bereich der Flughafen- und Luftsicherheit
2. Die SPD Fraktion im Deutschen Bundestag soll ein Konzept erarbeiten, wie in Zukunft die Sicherheitskontrollen an deutschen Flughäfen wieder in direkter Zuständigkeit den Exekutivorganen unter Aufsicht des Bundesinnenministeriums unterstehen
3. Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Beruf des/der Luftsicherheitsassistent_in ein vollständiger Ausbildungsberuf wird und die Ausbildung von Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei durchgeführt wird

Antrag I2

**„Keine Zusammenarbeit der AfD - Anschluss zum Bündnis
'Aufstehen gegen Rassismus'“**

AntragstellerIn: SV Leipzig
Weiterleitung:

Die Jusos Sachsen mögen beschließen, sich dem Bündnis 'Aufstehen gegen Rassismus' anzuschließen, den Aufruf zu unterzeichnen sowie ein Teil der Kampagne zu werden. Im gleichen Zug wird beschlossen, jegliche Zusammenarbeit mit der AfD, deren Jugendorganisation sowie von AfD nahen Stiftungen und Vereinigungen auszuschließen.

Antrag I3**„Stasi-Unterlagenbehörde eigenständig weiterentwickeln“****AntragstellerIn:** UB Dresden**Weiterleitung:** SPD-Landesparteitag mit Ziel der Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag

Die Zukunft der „Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)“ war seit 2014 Thema einer hochkarätig besetzten Expertenkommission des Deutschen Bundestages. Diese Kommission legte im April 2016 ihren Abschlussbericht vor, der im Kern eine Eingliederung der Stasi-Unterlagenbehörde in das Bundesarchiv bis zum Jahr 2021 vorsieht und die Reduzierung der Außenstellen auf eine pro Bundesland zur Folge hätte.

Wir lehnen diese vorgeschlagene Vorgehensweise ab. Aus unserer Sicht wird eine Angliederung der Stasi-Unterlagenbehörde an das Bundesarchiv der besonderen historischen Bedeutung der Stasi-Akten nicht gerecht. Der offene Zugang zu den Akten eines ehemaligen Geheimpolizei ist in dieser Art und Weise weltweit einmalig und sollte auch entsprechend weiterhin wohnortnah und unkompliziert gewährleistet werden. Der derzeitige Zugang zu den Stasi-Unterlagen ist zudem mit dem geltenden Bundesarchivgesetz nicht kompatibel und würde auch weiterhin die spezifischen Regelungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes oder eine umfassende Novellierung des Bundesarchivgesetzes erfordern.

Wir fordern stattdessen:

- Die Stasi-Unterlagenbehörde soll auch in Zukunft als eigenständige Behörde fortbestehen und in ihrer Grundstruktur mit einer Zentrale in Berlin und den existierenden 12 Außenstellen in den ehemaligen DDR-Bezirkstädten erhalten bleiben. Gerade für ältere oder gesundheitlich beeinträchtigte Menschen ist die Wohnortnähe ein wichtiger Faktor.
- Die Außenstellen müssen weiterhin als Anlaufpunkt für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger und natürlich besonders die Opfer zur Verfügung stehen. Daneben sollte aber auch die eigenständige Bildungs-, Geschichts- und Erinnerungsarbeit der Außenstellen in ihrer Bedeutung gestärkt werden und auch entsprechend mit Ressourcen unterlegt werden. Dies ist insbesondere für die Arbeit und den Dialog mit den „Nachwendegenerationen“ unumgänglich und zentral für den Erhalt der Behörde. Bei zweifelsohne notwendigen Weiterentwicklung der Gesamtbehörde ist der Forschungsarbeit ein besonderer Stellenwert einzuräumen.
- Eine belastbare und langfristige Personalplanung ist wichtig für die Zukunft der Behörde. Gleichbleibende bis sogar steigende Antragszahlen und die in den letzten Jahren deutlich verlängerten Wartezeiten auf Einsichtnahme belegen, dass der derzeitige Schrumpfkurs in eine Sackgasse führt und die Arbeit der Behörde zunehmend behindert.
- Das steigende Alter des Aktenbestandes macht eine Verbesserung der archivalischen Bedingungen in der gesamten Behörde umso dringlicher. Diese entsprechen nicht durchweg den heute an die Unterbringung von Archivgut angelegten Kriterien. Die Digitalisierung von Teilen des Bestandes kann auch unserer Sicht einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Nutzbarkeit der Akten bilden. Die Digitalisierung von Personenbezogenem Aktenmaterial lehnen wir ab.

- Das Projekt zur virtuellen Rekonstruktion zerrissener Akten sollte fortgesetzt und entsprechend unterstützt werden. Die bisher nicht zugänglichen Bestände könnten einen wichtigen Beitrag zur Beantwortung noch offener historischer Frage

Antrag Ini 2**„Viefältigen Gegenprotest ermöglichen – unverhältnismäßige Beschränkungen zurücknehmen“****AntragstellerIn:****Weiterleitung:**

Seit dem Aufkommen von verschiedenen *Gidas versuchen die sächsischen Ordnungsbehörden zusammen mit der Polizei die Organisator*innen und Teilnehmer*innen von antifaschistischen Gegenprotest immer wieder zu kriminalisieren und die Proteste durch nicht nachvollziehbare Beschränkungen unverhältnismäßig zu behindern.

So wurde der am kommenden Montag stattfindende Aufzug des Aktionsnetzwerks Leipzig nimmt Platz mal wieder zu Gunsten der rassistischen Legida-Bewegung verkürzt und damit wurde erneut der halbe Innenstadtring für die Menschenfeinde gesperrt.

In der Begründung werden erneut alle seit Anfang 2015 jemals entstandenen „Störungen“ der Versammlungen und Aufzüge Legidas, der Anmelderin zugeschrieben. Hierbei werden auch friedliche Akte des zivilen Ungehorsams unverhältnismäßig kriminalisiert. Dazu erklärt Irena Rudolph-Kokot für das Aktionsnetzwerk „Wir rufen regelmäßig zu zivilem Ungehorsam auf. Das gemeinsame Behindern der Aufmärsche von rechten, rassistischen und nationalistischen Gruppierungen ist eine Form politischer Partizipation. Der ständige Kriminalisierungsversuch von friedlichen Protesten durch Ordnungsbehörde und Polizei ist unerträglich.“

Ein vom Leipziger Erich-Zeigner e.V. angemeldetes interreligiöses Treffen, soll nach Meinung des Ordnungsamtes der Stadt Leipzig auf einem Platz mit Legida stattfinden. Die Behörde meint also, den Muslim*innen das Fastenbrechen gleich neben den Islamfeind*innen zumuten zu müssen.

Solche Auflagen lehnen wir entschieden ab!

Weiterer Höhepunkt des Beschränkungswahns des Leipziger Ordnungsamtes ist aber eine verwehrte Kundgebung auf dem Leipziger Hauptbahnhof gegen die seit einem Jahr regelmäßig vor den Legida Versammlungen stattfindende Zusammenrottung der Rassist*innen am amerikanischen Schnellrestaurant auf dem Querbahnsteig. Die Kartoffel-Truppe trifft sich dort regelmäßig zu einer nicht angemeldeten Versammlung, um gemeinsam gen angemeldeten Kundgebungsort zu ziehen.

Trotz mehrfacher Hinweise sieht die Versammlungsbehörde es regelmäßig nicht als nötig an, etwas dagegen zu tun. Auch die Deutsche Bahn und das Centermanagement der Promenaden Hauptbahnhof Leipzig haben offenbar kein Problem mit diesen dubiosen rassistischen Ansammlungen. Hingegen ist Ihnen eine regulär angemeldete Kundgebung ein Dorn im Auge. Die Versammlungsbehörde hat diese Anmeldung aus dem Hauptbahnhof heraus beauftragt und die Deutsche Bahn samt der ECE Projektmanagement GmbH den Anmelder mit einer einstweiligen Verfügung überzogen.

Dies ist mindestens unverhältnismäßig, zeigt aber gleichzeitig auf, dass wir ein Problem in weiten Teilen der Gesellschaft haben. Oktroyierte Ordnung und vermeintliche Sicherheit werden regelmäßig wie eine Monstranz präsentiert, wenn der nötige moralische Rahmen

dafür, die demokratischen Grundwerte nämlich, von ehrlichen Demokrat*innen eingeklagt wird.

Abschließend erklären die Jusos Sachsen:

Wir fordern die Deutsche Bahn und die ECE Projektmanagement GmbH auf, sich klar zu den von Ihnen geduldeten regelmäßigen Ansammlungen der Legida-Anhänger*innen auf dem Leipziger Hauptbahnhof zu positionieren und die einstweilige Verfügung gegen die unsere Demokratie verteidigende Versammlung zurückzunehmen.

Wir zeigen uns ausdrücklich solidarisch mit allen von Repression betroffenen Aktivist*innen des friedlichen Gegenprotests in Sachsen.

Antrag K1

„Kultureuro ermöglichen!“

AntragstellerIn: SV Leipzig

Weiterleitung: Landesparteitag der SPD Sachsen

Die Möglichkeit der Einführung eines Kultureuros bietet auch sächsischen Kommunen eine sinnvolle Möglichkeit Touristinnen und Touristen, zum Beispiel über eine Abgabe je Hotelbettenübernachtung an der Finanzierung der Kulturlandschaft zu beteiligen.

Wir fordern die Landesregierung auf, mit Hinblick auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahr 2012 ein Rechtsgutachten über eine möglichst unbürokratische Ausgestaltung einer Kulturabgabe bzw. Bettensteuer in Auftrag zu geben und der Öffentlichkeit vorzulegen.

Antrag O1**„Kein Jungsozialistischer Wahlkampf für den Genossen Gabriel“**

AntragstellerIn: SV Leipzig
Weiterleitung:

Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten war das Erreichen politischer Mehrheiten für die SPD nie ein Selbstzweck – und wird es niemals sein. Als Mitglieder eines politischen Jugendverbandes wollen wir unsere Gesellschaft aktiv gestalten und kämpfen wir für progressive, linke Politik, die ein gutes Leben für alle ermöglicht. Als Jusos sind wir Teil der SPD und begleiten unsere Partei in kritischer Solidarität: Wir vertreten die sozialdemokratischen Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nach außen und streiten in der SPD für unsere Vorstellungen zu deren Umsetzung. Dieser Einsatz lohnt sich, denn gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten für linke Politik gibt es nur mit einer starken SPD, die nicht für Beliebigkeit, sondern für ein glaubhaftes und glaubwürdiges Eintreten für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Liberalität steht.

Trotz einiger erfolgreicher Projekte in der Großen Koalition verharrt die SPD derzeit im Umfragetief. Offensichtlich trauen viele Bürgerinnen und Bürger der SPD derzeit nicht zu, die gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land tatsächlich substanziell zu verändern und ihre eigene Lebenssituation zu verbessern. Noch bleibt uns etwas Zeit, dies zu ändern. Dazu braucht es jetzt mehr klare Haltung in der Großen Koalition und ein erkennbares Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit. Dazu braucht es in den kommenden Monaten ein linkes Wahlprogramm, das aufzeigt, wie handfeste gesellschaftliche Veränderungen und mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen sind. Und dazu braucht es für 2017 eine Machtperspektive jenseits der Großen Koalition.

Wir Jusos werden diese klare Linie von unseren Regierungsmitgliedern und von unserer Fraktion weiter einfordern und uns weiterhin aktiv in die Debatte um die Ausrichtung der SPD einbringen. Nachdem den Perspektiv-AGs zur Erarbeitung des Wahlprogramms bereits Positionspapier der Jusos vorliegen, werden wir auch bei den Perspektivkongressen und im weiteren Wahlprogrammprozess nachdrücklich für unsere Positionen streiten und diese auch beim Programmparteitag einbringen. Für uns ist klar: Wir wollen zur nächsten Bundestagswahl einen **eigenständigen Jugendwahlkampf** auf Grundlage eines progressiven Programms für soziale Gerechtigkeit führen.

Unser Jugendwahlkampf wird sich in erster Linie an Inhalten ausrichten. Um diese glaubwürdig vertreten zu können, braucht es glaubhafte StreiterInnen für die Belange junger Menschen in der Spitze unserer Partei und junge Menschen als Direkt- und ListenkandidatInnen für den Bundestag. Dafür werden wir innerparteilich eintreten. Vor allem aber braucht es konkrete inhaltliche Angebote der SPD an jungen Wählerinnen und Wähler, mit denen sie für uns Jusos erreichbar sind. Diese werden wir im Programmprozess einfordern. Das wir eigenständig und überzeugende Jugendwahlkampagnen führen können, haben wir bewiesen – zuletzt bei der letzten Bundestagswahl und im Europawahlkampf ebenso, wie zur sächsischen Landtagswahl. Ein eigenständiger Jugendwahlkampf macht uns als Verband und unsere Themen auf der Straße sichtbar. Und nicht zuletzt kann er auch dazu beitragen, viele neue MitstreiterInnen für die Jusos zu gewinnen und uns auch über den Wahltag hinaus strukturell zu stärken.

Das Erstarken der Rechten in Deutschland stellt uns vor eine Herausforderung, die wir in aller Entschlossenheit annehmen: Wir werden den **Kampf gegen RechtspopulistInnen** im Bundestag mit ganzer Kraft führen und die AfD politisch stellen. Die gegenwärtige Polarisierung der politischen Debatte in unserem Land ist für uns auch eine große Chance: Selten wurde so viel über Politik gesprochen. Die Mobilisierung der Rechten hat dabei offensichtlich auch zu einer Politisierung vieler junger Menschen geführt. Viele, die Politik bisher nur am Rande verfolgt haben, weil sie einiges für selbstverständlich hielten, was nun von Reaktionären bedroht wird, wollen sich ihre Freiheiten nicht nehmen lassen. Umso entschiedener werden wir die **offene Gesellschaft** verteidigen. Wir werden eintreten für Willkommenskultur statt Abschottung und für gleiche politische und soziale Rechte unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung.

In den Vordergrund unserer Kampagne werden wir auch das Thema **soziale Gerechtigkeit** stellen. Gerade junge Menschen spüren den Druck, in einer sich immer weiter in Arm und Reich spaltenden Gesellschaft um ihren Platz kämpfen zu müssen. Diesen Zustand wollen wir beenden durch mehr Steuergerechtigkeit, mehr Umverteilung und mehr Investitionen in soziale Infrastruktur. Bildungsgerechtigkeit heißt für uns nicht nur mehr Chancengleichheit und bessere Durchlässigkeit der Bildungslandschaft, sondern gute Bildung für alle! Wir fordern faire Bedingungen in der Ausbildung ebenso wie für BerufsstarterInnen. Eine Mindestauszubildendenvergütung und die Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen sowie der Ausnahmen für junge Menschen beim Mindestlohn sind für uns dazu wichtige Schritte.

Viele junge Menschen fühlen sich heute ebenso als EuropäerInnen, wie als BürgerInnen ihres Herkunftsstaats. Die EU – die viele von uns als Selbstverständlichkeit erleben – steht jedoch vor großen Herausforderung. Zuletzt hat uns das Brexit-Votum klar vor Augen geführt, dass ein geeintes Europa bei weitem keine Selbstverständlichkeit ist. Genauso klar ist aber auch geworden, dass die junge Generation mehr und nicht weniger Europa will. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Kampagne wird deshalb der Kampf für einen Politikwechsel für ein **solidarisches Europa** sein. Ein Europa, das Humanität nach Innen und Außen lebt und seine Werte nicht durch den in Kauf genommenen Tod von Flüchtenden an den Außengrenzen verrät. Ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, das mehr ist als ein gemeinsamer Binnenmarkt. Eine EU, die Schluss macht mit Austeritätspolitik und die Interessen aller ihrer BürgerInnen im Blick hat. Eine EU, die durch Investitionen die grassierende Jugendarbeitslosigkeit bekämpft und Perspektiven für ihre junge Generation schafft. Jene Generation junger EuropäerInnen, die nicht zurück will in nationale Kleinstaaterei, sondern nationale Egoismen in einem solidarischen und sozial gerechten Europa überwinden möchte.

Geräuschloses Regieren in der großen Koalition wird nicht reichen, um die Vision einer offeneren und gerechteren Gesellschaft stark zu machen. Die SPD muss deshalb jetzt die Weichen für einen echten Politikwechsel stellen – und ihre Entscheidungen nach dem Wahltag an diesem Ziel messen lassen. Für uns ist deshalb klar: **Die Perspektive 2017 heißt rot-rot-grün!**

Antrag O2:**„‘Girls just wanna have fun...damental human rights‘ – Awareness-Strukturen im eigenen Verband schaffen“****AntragstellerIn:** UB Dresden**Weiterleitung:**

Die Jusos sind ein feministischer Richtungsverband und sollten gleichermaßen nach außen und nach innen als solcher agieren. Gesellschaftliche Machtstrukturen wie Sexismus, insbesondere Misogynie, Inter*- und Trans*feindlichkeit und Genderdiskriminierung wirken auch in unseren Strukturen. Ebenso können Genoss*innen bei uns von sexueller Gewalt betroffen sein.

Als feministischer Jugendverband ist es unser Ziel Diskriminierung und Sexismus zu bekämpfen. Innerhalb unseres Verbandes gilt es diskriminierende sexistische, trans*- und inter*feindliche Äußerungen und Verhaltensweisen anzusprechen und zu unterbinden. Das Ende eines formellen Sitzungstages darf nicht gleichzeitig das Ende der feministischen Grundhaltung sein.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir Strukturen innerhalb des Verbandes aufbauen und Konzepte zur antisexistischen Arbeit entwickeln. Dafür beruft der Landesvorstand eine Arbeitsgruppe ein, die bis zur nächsten Landesdelegiertenkonferenz im Jahr 2017 ein entsprechendes Konzept, für die dann zu wählende Anti-Sexismus-Kommission, erarbeitet.

Das Konzept beinhaltet als Mindestanforderung folgende Themen:

- Arbeitsweise der Anti-Sexismus-Kommission
- Klare Benennung von möglichen sexistischem Verhalten
- Analyse des Verbandes in Hinblick auf mögliche Täterstrategien oder Besonderheiten im Vergleich zu anderen Strukturen
- Anforderungen an die Mitglieder der Kommission
- Präventionsmaßnahmen und mögliche Handlungsmöglichkeiten

1. Anti-Sexismus-Kommission (ASK) der Jusos Sachsen

Die Anti-Sexismus-Kommission dient als Ansprechpartnerin für jegliche Art von auftretendem Sexismus im Verband. Sie arbeitet kontinuierlich an der Erarbeitung von Maßnahmen zur Bekämpfung von jeglichem Sexismus und Mehrfachdiskriminierung bei den Jusos Sachsen. Hierbei wird sie vom Landesbüro und vom Landesvorstand unterstützt. Hierzu zählen insbesondere die Finanzierung ihrer Arbeit, ihre Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation einer Weiterbildungsmaßnahme in den ersten sechs Monaten. Die **Anti-Sexismus-Kommission** unterrichtet die Landesdelegiertenkonferenz und den Landesvorstand regelmäßig über die Verbandssituation. **Sie** koordiniert außerdem die Arbeit der Awareness-Teams und unterstützt sie in ihrer Arbeit.

Die Anti-Sexismus-Kommission besteht aus vier Personen, wobei jeweils zwei Plätze an zwei Frauen*, Inter*- oder Trans*-Personen (FIT-Platz) und die anderen beiden Plätze an zwei Männ*, Inter*- oder Trans*-Personen (MIT-Platz) zu vergeben sind.

2. Awareness-Team

Bei Landesdelegiertenkonferenzen sowie bei mehrtägigen Veranstaltungen der Jusos Sachsen oder der einzelnen Unterbezirke soll zukünftig ein Awareness-Team bestehend aus zwei Personen gewählt werden. Das Team ist Ansprechpartnerin für Probleme und Vorfälle

mit sexistischem oder diskriminierendem Hintergrund während der Veranstaltung. Ihnen steht, wenn möglich, ein geschützter Raum zur Verfügung. Am Ende der Veranstaltungen stellt das Team einen anonymisierten Bericht vor, in dem sie ihnen gemeldete Vorfälle und eigene Beobachtungen darlegen.

Einer der Plätze soll an eine weiblich-verortete Frau*, Inter*- oder Trans*-Person zu vergeben sein. Der zweite Platz ist open to all gender (d.h. offen für alle Geschlechtsidentitäten bzw. ohne geschlechtliche Verortung). Sollten aufgrund der geringen Teilnehmer*innenzahl keine zwei Personen gewählt werden, kann auch stellvertretend ein weiblich-verortetes Mitglied des Landes- oder Unterbezirksvorstandes das Awareness-Team stellen.

Die Mitglieder der genannten Gremien sowie alle Interessierte müssen sensibilisiert sein und sowohl Anzeichen als auch übergriffigem Verhalten gemeinsam mit Euch begegnen und Handlungsmöglichkeiten erarbeiten können. Dafür muss es die Möglichkeit geben Schulungen zu besuchen und sich mit andere Organisationen bezüglich Awareness, antisexistischer Arbeit und Prävention sexueller Gewalt zu vernetzen.

Neben den genannten Instrumenten sollen regelmäßig Seminare und Workshops zu Grundlagen des Feminismus und weiteren feministischen Themen durchgeführt werden. Diese sollen gewährleisten, dass Mitglieder unseres Verbandes sensibilisiert werden und dass insbesondere Neumitglieder über unsere Richtlinien und das feministische Verständnis der Jusos informiert und aufgeklärt werden können. Auch eine gezielte Neumitgliederkampagne für Frauen*, Inter*- und Trans*-Personen kann dazu beitragen, dass unser Verband feministischer wird. We all can do it! Empowerment rulez!

Antrag O3**„Gelebte Nachhaltigkeit bei den Jusos“****AntragstellerIn:** SV Leipzig**Weiterleitung:** Juso-Bundeskongress und SPD-Landesparteitag

Wir Jusos bekennen uns zum Prinzip der Nachhaltigkeit, orientieren uns sowohl im eigenen Handeln als auch bei der Durchführung unserer Veranstaltungen daran und tragen diese Überzeugung in die SPD und Juso-Verbände hinein.

Nachhaltigkeit ist nicht nur entscheidend für unsere Zukunft und die unseres Planeten, sondern sie ist auch ein zutiefst sozialistischer Wert. Ohne eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, einem umfassenden Umweltschutz und dem Verständnis der Verknüpfungen von Globalisierung, Klimawandel und Kapitalismus, ist das Erreichen sozialer Gerechtigkeit weder in Deutschland noch anderswo möglich.

Nachhaltigkeit hat viele Ebenen und Ausprägungen. Auf globaler Ebene muss eine gerechte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auf Augenhöhe stattfinden. Die Anpassung an globale Umweltveränderungen, welche unsere natürlichen Grundlagen in Gefahr bringt, muss forciert und ein fairer Welthandel ermöglicht werden.

Für uns ist dabei klar, dass das eigene nachhaltige Handeln nur einen kleinen Beitrag zum Schutz der Umwelt, zur Bekämpfung des Klimawandels und für besseren Welthandel leisten kann.

Noch sind solche Verhaltensweisen in ihrer Breitenwirkung zu begrenzt um die notwendigen gesellschaftlichen Transformationen zeitnah herbei zu führen. Daher legen wir Jusos unseren Fokus weiter klar auf politische und wirtschaftliche Veränderungen, die am bestehenden kapitalistischen Gesamtsystem ansetzen und die negativen Resultate dieses Wirtschaftens klar benennen. Insbesondere im Bewusstsein der dem Kapitalismus innewohnenden sozialen Selektivität wissen wir, dass eine Änderung von Konsummuster nur einen kleinen und im Prozess zu reflektierenden Beitrag leisten kann, welcher auch elitäre und klassenbezogene Machtstrukturen reproduziert. Nichts desto trotz sehen wir im alltäglichen Handeln ein großes Potential durch Marktmechanismen diesen zu verändern und gleichzeitig sein grundsätzliches Scheitern aufzuzeigen.

Diese Erkenntnisse sind nicht neu und längst Teil jungsozialistischer Forderungen. Unser alltägliches Handeln als mündige*r Bürger*in, politisch Aktive*r und Konsument*in ist entscheidend und mit den folgenden Leitlinien gestaltbar.

Wir Jusos sollten unserer gesellschaftlichen Vorbildwirkung entsprechend mit gutem Beispiel voran gehen und unseren direkten Einfluss auf die Wertschöpfungsketten nutzen!

Leitlinien

Die Jusos Sachsen sollen sich bei allen von ihnen durchgeführten Veranstaltungen und politischen Aktionen – im Rahmen des Möglichen – an folgenden Leitlinien orientieren:

1) Nachhaltiger Konsum

- Vorrangige Nutzung von regionalen/biologischen/ fair gehandelten Getränken/ Snacks bei unseren Veranstaltungen

- Boykott von Produkten deren Hersteller im begründeten Verdacht stehen gegen Umweltschutzstandards, Arbeitsrechte und gerechte Herstellungsbedingungen zu verstoßen
- Bei Bestellung von Wahlkampfmaterialien auf Kriterien der Nachhaltigkeit zu achten

2) Verbrauch und Nutzung von Papier

- Nutzung von Recyclingpapier (vgl. Beschluss LDK Sachsen 2014, O2: Nachhaltiges Bewusstsein schaffen: Für die Nutzung von Recyclingpapier), Verwendung des Siegels Blauer Engel
- Druckeinstellungen vor anpassen (Schwarz-Weiß, Doppelseitig, 2 Blatt pro Seite)
- Sammeln und Weiterverwendung von Schmierpapier/Fehldrucken

3) Mülltrennung konsequent durchführen

4) Mobilität: Förderung der Nutzung von Fahrrad, Bus und Bahn anstatt des Autoverkehrs für politische Zwecke

5) Verpflegung: Auf Veranstaltungen soll es vegetarische, nach Möglichkeit vegane, Verpflegung geben

(abgeleitet vom Leitfadens für Nachhaltigkeit in Fachschaften und Instituten von GeoDACH - Vertretung deutschsprachiger Geographiestudierender e.V.)

Antrag U1:

„Neuregelung der Rücknahme von Leuchtkörpern und Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema ‚Recycling von Leuchtkörpern‘“

AntragstellerIn: UB Nordsachsen

Weiterleitung: Juso-Bundeskongress und den SPD-Landesparteitag mit dem Ziel der Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag

Wir fordern, dass die Annahmeverpflichtung von Leuchtmitteln nach dem ElektroG in geeigneter Weise für den Konsumenten innerhalb der Verkaufsräume bzw. in den Annahmestellen beworben werden soll. Dies soll der Konsumenteninformation dienen und somit die Recyclingquote steigern.

Des Weiteren sprechen wir uns für eine umfassende Werbekampagne des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) aus, die zusätzlich die Bevölkerung zum Umgang mit Leuchtmitteln informiert und sensibilisiert. Dies soll gewährleisten, dass das Ziel der EU eine Rücknahmequote von mindestens 65 % bis zum Jahr 2019 erreicht wird.

Diese zwei Maßnahmen sollen dazu dienen, dass das funktionierende System bekannt gemacht wird sowie ein Bewusstsein in der Bevölkerung für das Recycling von Leuchtmitteln geschaffen wird, so wie es bei Altbatterien seit Jahren gängige Praxis ist, um die Entgiftung der Umwelt voranzutreiben.

Antrag U3**„Wildtiere in Zirkussen verbieten“****AntragstellerIn:** SV Leipzig**Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und SPD-Bundestagsfraktion

Wir sprechen uns für ein bundesweites Verbot der Haltung und Nutzung von Wildtieren in Zirkussen aus. Wir sind überzeugt, dass eine art- und tierschutzgerechte Haltung von Wildtieren aller Art durch Zirkusse nicht möglich ist und die Nutzung dieser für Darbietungen des Bühnenprogramms generell abzulehnen ist.

Wildtiere, die aktuell in Zirkussen gehalten werden, sollen je nach Möglichkeit in Wildtierreservaten, Wildtiergehegen oder Zoos, welche eine art- und tierschutzgerechte Haltung ermöglichen, untergebracht werden. Dabei muss jedoch ein Konzept erarbeitet werden, welches im Einklang mit Art. 14 (3) GG anfallende Entschädigungen regelt.

Antrag U5**„Ausbau der Erneuerbaren Energien jetzt gestalten!“****AntragstellerIn:** SV Leipzig**Weiterleitung:** Landesparteitag der SPD Sachsen

Sachsen ist Nettoenergieexporteur und muss dies auch in Zukunft bleiben! Dies ist ein Motor auf dem sich unsere Wirtschaft stützt und sie vorantreibt. Dies soll so bleiben. Die vereinbarten Klimaziele von Paris zwingen den Energiestandort Sachsen zu handeln. Diesem Umstand muss jetzt, aus einer starken Ausgangssituation heraus, begegnet werden. Wir benötigen eine stärkere Hinwendung zu den Erneuerbaren Energien, um auch in Zukunft leistungsfähig zu bleiben. Dazu bedarf es einer stärkeren raumordnerischen Unterstützung auf Landesebene. Folglich müssen der Landesentwicklungsplan und die Regionalpläne angepasst werden. In allen vier Planungsregionen müssen die Vorrang- und Eignungsflächen erhöht werden. Hierbei dürfen geltende raumrelevante Kriterien (flächensparend, effizient & umweltverträglich) nicht durchbrochen werden. Dennoch muss der Flächenanteil erhöht werden. Nur so ist ein gezielter Ausbau möglich.

Antrag W1:**„Abschaffung Hartz-IV-Sanktionen“****AntragstellerIn:** UB Lausitz**Weiterleitung:** SPD-Landesparteitag mit Ziel der Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag

Wir fordern die Abschaffung sämtlicher Sanktionen und Leistungseinschränkungen im Zweiten und Zwölften Buch des Sozialgesetzbuchs (SGB II und SGB XII) für Leistungsberechtigte, die Leistungen der Grundsicherung beziehen (Hartz 4-Empfänger*Innen).

Das Grundgesetz formuliert das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum und veranlasst den Gesetzgeber dieses Existenzminimum zu sichern. Die Leistungen zur Erhaltung des menschenwürdigen Existenzminimums müssen so ausgestaltet sein, dass sie „stets den gesamten existenznotwendigen Bedarf jedes individuellen Grundrechtsträgers deck[en]“ (BVerfG 1 BvL 1/09 vom 9.2.2010, Rdnr. 137, Anmerkung des Verfassers).

Sanktionen, die einen 30-prozentigen, 60-prozentigen oder den Totalentzug von Leistungen bewirken, haben für die Betroffenen zur Folge, dass ihnen die existenznotwendigen Mittel nicht oder nur teilweise aus Gründen der Bestrafung zugestanden werden. Begründet wird diese Sanktionierung mit dem Gedanken „Leistung als Voraussetzung für Leistungen“. Wer jedoch die Leistung nicht erbringt, dem werden die Leistungen gekürzt bzw. gestrichen. Der Ansatz Leistung zu erzwingen, indem man die Existenzsicherung von der Umsetzung der Forderungen abhängig macht, ist bisher jeglichen validen Beweis einer arbeitsmarktpolitisch sinnvollen Wirkung schuldig geblieben.

Im Gegenteil, der durch Zwang aufgebaute Druck auf die Leistungsempfänger*innen sorgt bei Teilen von ihnen für Ängste und Verunsicherung. Oftmals sorgt dieser Druck dafür, dass Betroffene prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingehen, um der für sie noch härteren Sanktionierung aus dem Weg zu gehen. Kritisch hieran ist vor allem der Umstand, dass Hartz 4-Empfänger*Innen für die ersten sechs Monate ihrer Beschäftigung nicht dem Mindestlohn unterliegen. Dieser Umstand wird durch die im §10 SGB II aufgeführte „Zumutbarkeitsregel“ deutlich verschärft, welche besagt, dass fast alle legalen Tätigkeiten für den/die Leistungsempfänger*In als zumutbar gelten und somit eine Ablehnung der Tätigkeit zu Sanktionen führen kann. 10,5% aller Sanktionen gegen Leistungsempfänger*Innen werden ausgesprochen, weil sie eine Beschäftigung aufgeben oder ein Beschäftigungsangebot ablehnen.

Bei der Arbeit in Jobcentern spielt die Erfüllung von Kennzahlen und Zielvorgaben eine wichtige Rolle, wie die Aussagen der ehemaligen Jobcenter-Mitarbeiterin Inge Hannemann belegen, die mit der Kritik an ihrem Arbeitgeber 2013 ein breites mediales Echo erzeugte. So werden Erwerbslose in Maßnahmen gesteckt, die für ihre Jobaussichten keinen Mehrwert besitzen, um Kennzahlen für die Vermittlung in Maßnahmen zu erreichen. Bei Beschwerden gegen diese zwecklosen Maßnahmen wird wieder das Damoklesschwert der Sanktionen über die Leistungsempfänger*Innen erhoben. Diese Praktik sorgt bei vielen Betroffenen zu einem erheblichen Vertrauensverlust gegenüber den staatlichen Behörden.

Bei einer weiteren Betrachtung der Zahlen werden weitere Problem der Sanktionen offenkundig. Vier von zehn Sanktionen sind rechtswidrig und werden von Gerichten aufgehoben. 2014 wurden über 56.716 Widersprüche gegen Sanktionen eingelegt – 6.370 Widersprüche landeten im weiteren Verfahrensverlauf auf den Tischen der Sozialgerichte.

Die Sanktionen sind nicht nur für die Leistungs-empfänger*Innen eine Belastung, sondern auch für die Sachbearbeiter*Innen in den Jobcentern und für die Richter*Innen an den Sozialgerichten.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Sanktionen für Leistungsempfänger*Innen, die Leistungen der Grundsicherung beziehen, eine enorme Belastung für die Betroffenen darstellen, es keinen validen Beweis für ihren arbeitsmarktpolitischen Sinn gibt, sie Menschen gegen ihren Willen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse drängt und einen enormen bürokratischen Mehraufwand mit sich bringt. Deswegen kritisieren schon mehrere Wohlfahrtsverbände wie die Arbeiterwohlfahrt und die Diakonie sowie aus dem Gewerkschaftsbereich die IG-Metall diese Sanktionen.

Die Kampagne „Sanktionsfrei n.e.V.“ hat sich unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist sanktionsfrei“ das Ziel gesetzt, den Betroffenen zu helfen und gegen diese Sanktionen und das Jobcenter vorzugehen. Dafür braucht sie Unterstützung und Spenden. (<https://sanktionsfrei.de>).

Material zum Einlesen:

http://www.erwerbslos.de/images/stories/dokumente/aktivitaeten/sanktionen_fakten.pdf

<http://tacheles-sozialhilfe.de/startseite/aktuelles/d/n/1949/>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/011/1801115.pdf>

http://www.welt.de/politik/deutschland/article121609442/Arbeitsagentur-fordert-schaerfere-Hartz-IV-Regeln.html#disqus_thread

http://www.igmetall-jena-saalfeld-gera.de/uploads/tx_mpcontent/Parteienvergleich_Arbeitsmarkt.pdf

Antrag W2

„Kinder sind uns mehr wert!“

AntragstellerIn: UB Zwickau

Weiterleitung: Juso-Bundeskongress weiterleiten mit dem Ziel der Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion

Wir fordern, die Vergütung der BerufsvormünderInnen und der Vormundschaftsvereine an die der BerufsbetreuerInnen und Betreuungsvereine anzupassen, um die Ungleichbehandlung sowie die Schlechterstellung von Heranwachsenden zu beenden und eine bessere gesetzliche Betreuung der Minderjährigen zu gewährleisten.

Weiterhin ist darauf zu achten, dass die Mehrausgaben nicht zu Lasten anderer freiwilliger Aufgaben des öffentlichen Trägers oder zur Kürzung von Geldern freier Träger führen.

Grundsätzlich fordern wir eine bessere finanzielle Ausstattung der Jugendhilfelandchaft in Sachsen.

Antrag W3:

„Neuberechnung der Regelbedarfsstufen der Grundsicherung unter sozialen und lebensnahen Gesichtspunkten“

AntragstellerIn: UB Nordsachsen

Weiterleitung: Juso-Bundeskongress und SPD-Landesparteitag mit dem Ziel der Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag

Wir Jusos Sachsen sehen wir uns nicht nur als Vertreter der Jugend, sondern auch als eine Organisation, die sich für den Gesellschaftlichen Zusammenhalt stark macht. Mit Sorge sehen wir hier insbesondere die eklatante Kluft zwischen arm und reich.

Als erster Schritt zur Verringerung der jetzigen und zukünftigen Armut und zur Stärkung des sozialen Friedens fordern wir eine Anpassung des Regelbedarfs, dessen Grundlage die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) für die Grundsicherungsleistungen der Sozialhilfe ist. Die Grundsicherung wird nach Grundsicherungsleistungen der Sozialhilfe laut SGB XII und Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II eingeteilt.

Im Rahmen der Grundsicherung werden Beträge ausgezahlt, die sich an einem Regelbedarf orientieren und in sechs Regelbedarfsstufen unterteilt sind. Dieser Regelbedarf ist der Lebensunterhalt der das in Deutschland definierte Existenzminimum gewährleisten soll.

Zurzeit liegen diese sechs Regelbedarfsstufen der Grundsicherung je nach Lebens- und Wohnsituation und Alter zwischen 237,00 Euro (für ein leistungsberechtigtes Kind bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres.) und max. 404,00 Euro (für eine erwachsene leistungsberechtigte Person, die als alleinstehende oder alleinerziehende Person einen eigenen Haushalt führt).

Wir sprechen uns daher als Übergangslösung für eine politisch unabhängige Expertenkommission aus, die den Auftrag bekommen soll, einen neuen Berechnungsmaßstab für die Regelbedarfsstufen zur Grundsicherung unter sozialen und lebensnahen Gesichtspunkten zu entwickeln. Des Weiteren sollten gleichzeitig die bis jetzt unrealistisch berechneten Regelsätze von Kindern und Jugendlichen neu bedacht werden. Kinder sind keine „kleine Erwachsene“ die weniger zum Leben brauchen. Daher soll die Kommission, deren Besetzung sich aus Vertreter*innen von u. a. Sozialen Wohlfahrtsverbänden, Arbeitgeber*innen Verbänden, Gewerkschaften, Vertreter*innen aus der Wissenschaft orientieren soll, darüber hinaus ein Konzept für eine unabhängige Kindergrundsicherung vorlegen.

Wir fordern grundlegend die Abschaffung des „Hartz-IV-Systems“ in der aktuellen Form, insbesondere der Möglichkeiten zu Kürzungs- und Sanktionsmaßnahmen durch das Jobcenter.